

Wolfgang Baasch:

Keine Teil-Privatisierung am UKSH!

Zur Debatte um die Teil-Privatisierung des Service- und des IT-Bereichs des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch:

Die für Montag, den 16. November, angekündigten Protestaktionen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben unsere Unterstützung. An diesem Tag entscheidet der Aufsichtsrat des UKSH über die Teilprivatisierung der Service-GmbH und der Zentralen Einrichtung Informationstechnologie (ZE-IT). Die Beschäftigten werden dann nochmals auf ihre Belange aufmerksam machen und ihre Argumente zu Gehör bringen. Wir teilen die Befürchtungen der Personal- und Betriebsräte, dass durch eine Ausgründung Arbeitsplätze in Gefahr geraten können, erst recht, wenn dies übereilt geschieht.

Wir stehen jeder Privatisierung im Gesundheitsbereich kritisch gegenüber. Um so mehr erwarten von der Leitung des Klinikums eine klarstellende, eindeutige Erklärung, dass der Bestandsschutz für die Beschäftigten und die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze auch bei einer Teil-Privatisierung garantiert werden. Eine erfolgreiche Sanierung kann nur gelingen, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Prozess eingebunden werden. Dies zeigt der Abschluss des Tarifvertrages für das UKSH insgesamt, der eine Privatisierung des Klinikums bis 2015 ausschließt. Die Beschäftigten waren bereit, für diese Sicherheit einen hohen Preis zu bezahlen.